Stadt Zürich
Gemeinderat

GR Nr. 2026/ 626

11. November 2026

Postulat

von Marita Verbali (FDP)
und Thomas Hofstetter (FDP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der systematischen Erfassung und Auswertung geschlechtsspezifischer Gewalt in der Stadt Zürich künftig auch die Staatsangehörigkeit und der Aufenthaltsstatus der tatverdächtigen sowie der geschädigten Personen berücksichtigt werden können.
Dabei soll insbesondere geprüft werden, inwiefern bereits vorhandene polizeiliche Daten eine differenzierte statistische Auswertung nach einzelnen Staatsangehörigkeiten, Deliktsarten und Aufenthaltsstatus ermöglichen. Soweit es die Datenlage zulässt, sollen sowohl die absoluten Fallzahlen als auch die Anzahl registrierter tatverdächtiger Personen im Verhältnis zur jeweiligen Wohnbevölkerung ausgewiesen werden.

Begründung:

Mit dem Postulat vom 4. November 2026 (2026/601) zur systematischen Erfassung geschlechtsspezifischer Gewalt wird eine differenzierte und aussagekräftige Datengrundlage gefordert, um Erkenntnisse für die Weiterentwicklung geeigneter Präventions- und Schutzmassnahmen zu gewinnen.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) zeigt, dass sich die registrierte Kriminalitätsbelastung zwischen verschiedenen Staatsangehörigkeiten unterscheidet. Eine differenzierte Betrachtung dieser Unterschiede kann auch im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewalt wichtige Erkenntnisse liefern.

Für eine möglichst umfassende Analyse ist es deshalb angezeigt, neben dem Geschlecht auch die Staatsangehörigkeit und den Aufenthaltsstatus der beteiligten Personen sowie die jeweiligen Deliktsarten zu berücksichtigen.

Eine solche Auswertung kann dazu beitragen, mögliche Unterschiede und Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und Präventionsmassnahmen gezielter und bedarfsgerechter auszugestalten.

Dabei sollen nach Möglichkeit bereits vorhandene Datenbestände genutzt und die geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen berücksichtigt werden.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit dem Postulat 2026/601